

Eine unabdingbare Forderung für die Sicherung des Friedens und für wahre Menschlichkeit besteht im Verzicht auf die Bonner Alleinvertretungsanma^hung und jegliche Revanchepolitik.

Wir wissen, daß es für die humanistisch und demokratisch gesinnten Bürger in der westdeutschen Bundesrepublik nicht leicht ist, gegen den Strom des Nationalismus und Militarismus anzugehen. Aber wir sind zutiefst davon überzeugt, daß es auch in Westdeutschland möglich ist, durch das vereinte Handeln des Volkes eine Politik des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und des gutnachbarlichen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung durchzusetzen.

Das ist der einzige Weg, der Unheil abwendet und auch dem Volk in Westdeutschland wirkliche Sicherheit gibt.

Beherrzigen auch Sie diese geschichtliche Lehre: Die Deutschen haben nur dann eine friedliche Zukunft, wenn sie eine konsequente Friedenspolitik betreiben und auf die hohen Leistungen ihrer Arbeiter und Bauern, ihrer Wissenschaftler und Künstler setzen und nicht auf erneute Eroberungszüge im Interesse der Rüstungsmillionäre.

Was die Deutschen brauchen sind Frieden, Demokratie, Abrüstung und freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern der Welt. Die in Bonn herrschenden imperialistischen Kreise blockieren den Weg zu diesem Ziel. Daß diese Blockade gebrochen wird, sollte das gemeinsame Anliegen der Bürger der DDR und aller friedliebenden Menschen der Bundesrepublik sein. Nur so ist zu verhindern, daß die Deutschen in beiden deutschen Staaten sich weiter auseinanderleben, nur so sind Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten denkbar. Kein Deutscher - weder in der Deutschen Demokratischen Republik noch in der Bundesrepublik - würde durch solche Beziehungen etwas verlieren. Alle Deutschen würden dabei nur gewinnen.

Berlin, Ende Juni 1967

*Zentralkomitee
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands*